

Cajamarca, Peru – Recht auf Wasser und auf Mitentscheidung kommt vor Bergbau

30 JAHRE

**1994 – 2003:
Die «20er Jahre»**

Ein Schwerpunkt in den «20er Jahren» des SOLIFONDS waren die Aktionen zugunsten von Mädchenschulen im Afghanistan der Taliban und von Frauenorganisationen in Algerien, die während des Bürgerkriegs zwischen Islamisten und Regierung für ihre Rechte kämpften. Hauptsächlich um Frauen – um Arbeiterinnen – ging es auch bei den gewerkschaftlich orientierten Kampagnen. In El Salvador oder Hongkong kämpften die Arbeiterinnen der Sonderwirtschaftszonen für das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren. In derselben Zeit bauten in Südafrika die Hausangestellten mit SOLIFONDS-Unterstützung ihre eigene Gewerkschaft auf. In Südafrika leistete der SOLIFONDS ausserdem einen wesentlichen Beitrag an die Aufarbeitung der Übergriffe des Apartheidregimes.

Ein weiterer Schwerpunkt der SOLIFONDS-Arbeit war die Beteiligung an der peruanisch-schweizerischen Kampagne zur Rückführung der Korruptionsgelder des peruanischen Geheimdienstchefs Vladimiro Montesinos sowie die Unterstützung von peruanischen Menschenrechtsorganisationen, die die Verbrechen der Fujimori-Zeit anprangerten.

Wichtig waren weiter die Unterstützung der Landlosenbewegungen in Brasilien, insbesondere deren Kampf gegen die Straflosigkeit im Falle der 19 durch die Militärpolizei ermordeten Landlosen von El Dorado dos Carajas 1996. Das Recht auf Land war auch bei der Unterstützung der indischen Landlosenbewegung Ekta Parishad zentral.

In Indonesien konzentrierten sich die vom SOLIFONDS unterstützten Gewerkschaften auf den Kampf gegen die Suharto-Diktatur. Ein Ziel, das sie 1998 zusammen mit vielen anderen sozialen Bewegungen erreichten.

SOLIFONDS
Quellenstrasse 25
Postfach
CH-8031 Zürich
Tel. 044 272 60 37
mail@solifonds.ch
www.solifonds.ch
PC 80-7761-7
IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7



Der Bergbauboom in Peru zerstört die Existenzgrundlagen der Bauernfamilien und die Umwelt.

Foto: Grufides

Der sich immer stärker ausbreitende Rohstoffabbau in Peru schürt soziale Konflikte im ganzen Land. Die Wichtigkeit des Bergbausektors für die Volkswirtschaft und den Aussenhandel führt dazu, dass in vielen Fällen die Minentätigkeit der lokalen Bevölkerung gegen ihren Willen aufgezwungen wird. Dabei wird deren Recht übergangen, vorgängig informiert zu werden und sich in einer Volksbefragung zu einem Bergbauprojekt zu äussern. Bestehende Gemeindeordnungen, die der Bevölkerung den Zugang zu ihrem Land und Wasser garantieren und nachhaltige wirtschaftliche Aktivitäten vorsehen – Alternativen zur Minentätigkeit –, werden übergangen. Hinzu kommen eine schwache Umweltbehörde, Korruption und eine ganze Anzahl von Gesetzen, welche Proteste gegen den Bergbau kriminalisieren.

Das hohe Konfliktpotential hängt mit dem Zugang zu und der Kontrolle über natürliche Ressourcen direkt zusammen. Darauf haben die staatliche Ombudsstelle und die Beobachtungsstelle für Minenkonflikte in Peru verschiedentlich hingewiesen. Es geht hauptsächlich um das Acker- und Weideland sowie das Wasser, speziell das Trinkwasser. Gerade das Wasser wird in vielen Fällen verschmutzt und das gesamte andine Hydrosystem (Moore, Flüsse, Seen und Quellen) zerstört. Als Folge müssen Gemeinden umgesiedelt werden oder das Leben der lokalen Bevölkerung, im Falle der Region Cajamarca in der Mehrheit kleinbäuerliche Familien, wird in schwerwiegender Weise beeinträchtigt.

Mit der aktuellen Unterstützungsaktion bekundet der SOLIFONDS seine Solidarität mit zahlreichen lokalen Organisationen in Cajamarca – der Koordination der «guardianes de las lagunas», sprich der Bevölkerung, die für den Erhalt der Bergseen und Moore kämpft, den Bauernkomitees, dreissig Gemeinden und zehn Umweltorganisationen. Er solidarisiert sich mit ihrem gewaltfreien Widerstand gegen die Ausweitung des Rohstoffabbaus und gegen die Kriminalisierung ihrer Proteste und der Verteidigung ihrer demokratischen Rechte.

Konflikt um Xstrata-Mine hält an

In unserem September-Bulletin berichteten wir darüber, wie die Proteste gegen die Umweltbelastungen rund um die Xstrata-Kupfermine im peruanischen Espinar zum Schweigen gebracht werden sollen. Am 21. Mai 2012 waren bei Protestaktionen drei Bauern erschossen und zahlreiche verletzt worden. Die Nationalpolizei, unter Vertrag bei Xstrata, hielt Demonstrierende auf dem Minengelände fest. Die Regierung verhängte den Ausnahmezustand und zahlreiche Personen, darunter der Gemeindepräsident Oscar Mollohuanca, wurden angeklagt.

Aufgrund der anhaltenden auch internationalen Proteste sah sich die Regierung im Juli gezwungen, ein tripartites Dialogforum (Regierung, betroffene Bevölkerung, Xstrata) zur «Lösung der sozialen und Umweltprobleme in der Provinz Espinar» einzuberufen. Während sieben Monaten arbeiteten drei thematische Untergruppen (Umwelt, soziale Verantwortung, Entwicklung und Produktion) die anstehenden Probleme auf und sollten Lösungsmöglichkeiten aufzeigen. Letzteres war aufgrund der komplexen Situation kaum möglich.

Aber selbst bei der Problemerkennung hapert es. Die zentrale Frage der Ursachen der Wasserverschmutzung konnte nicht analysiert werden, weil die zuständigen Behörden keine Flussanalysen machten oder solche durch Xstrata behindert wurden. Die betroffenen Gemeinden kritisieren denn auch das Verhalten der staatlichen Stellen. Sie hätten sich auf eine Mediationsrolle zurückgezogen, statt die Respektierung der geltenden Rechte durchzusetzen. Dies wäre umso wichtiger gewesen, als der Multi auf seiner Position verharrte, im Rahmen der Gesetze für den Sozial- und Umweltbereich gehandelt zu haben.

Im sozialen Bereich haben zwar Verhandlungen zwischen der Gemeinde und Xstrata über einen neuen Rahmenvertrag begonnen, doch auch hier zeigt sich der Konzern wenig kooperativ, indem er die Herausgabe von grundlegenden Kennzahlen verweigert. Hinzu kommt, dass die Situation durch die Fusion von Glencore und Xstrata noch unsicherer geworden ist. Die Kupferminen bei Espinar müssen aufgrund des Drucks der chinesischen Wettbewerbsbehörden verkauft werden.

Trotz Dialogforum sind die sozialen und Umweltprobleme in Espinar noch weit von einer Lösung entfernt.



In einem Protestmarsch erinnert die Bevölkerung von Cajamarca an die getöteten Kleinbauern, die sich dem Ausbau des Minenprojekts widersetzen. Fotos: Grufides

Forcierte Bergbautätigkeit – unterdrückte Proteste

Seit 1993 wird in Cajamarca im Norden des peruanischen Hochlands Gold abgebaut. Die Minentätigkeit nimmt nicht nur einen riesigen Teil des Landes in Anspruch, sie benötigt viel Wasser, Energie und es werden hochgiftige Substanzen verwendet, wie beispielsweise Quecksilber. Dabei gibt es keine angemessene Kontrolle, und der Goldabbau hat zu grossen Umweltschäden und sozialen Problemen geführt.

Die Minenfelder, die das Unternehmen Yanacocha in den letzten zwanzig Jahren ausgebeutet hat, sind erschöpft. Jetzt will Yanacocha, mehrheitlich im Besitz des US-Multis Newmont Mining, die Abbaufäche mit neuen Projekten verdoppeln, dazu gehört Minas Conga. Dabei würden wiederum zahlreiche Bergseen, Bäche, Moore und Quellen zerstört. Deshalb widersetzt sich seit zwei Jahren die Bevölkerung mit friedlichen Mitteln einer Ausweitung der Minentätigkeit. Nun beginnt das dritte Jahr des organisierten Widerstands.

Wer zahlt, befiehlt – Polizei im Dienst von Minenunternehmen

Zahlreiche Minenkonzerne in Peru – darunter Xstrata – haben (als geheim eingestufte) Verträge mit der Polizei abgeschlossen. Die staatlichen Sicherheitskräfte stellen sich damit gegen Bezahlung in den Dienst der Konzerne. Zu ihrer Aufgabe gehört das Niederschlagen von Protesten. Dafür wurden spezialisierte Polizeieinheiten bestellt. In Espinar gehört ausserdem die Informationsbeschaffung dazu, und während der Demonstrationen vor einem Jahr hatte die Polizei ihren Stützpunkt im Xstrata-Minencamp. Gegen diese Versöldnerung der Polizei haben Menschenrechtsorganisationen im März bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission Klage eingereicht.

Das Minenunternehmen Yanacocha und die peruanische Regierung setzen auf eine Verschärfung der Repression. Die Konfliktzone wurde vollständig militarisiert und ausserordentliche Rechtsnormen wurden erlassen, die zu zahlreichen Verletzungen der Menschenrechte geführt haben. So wurde der Ausnahmezustand in Cajamarca 2012 zweimal verlängert – mit der schrecklichen Bilanz



Bergseen und Moore auf bis zu 4000 Metern Höhe sind die Lebensgrundlage für Menschen, Fauna und Flora. Gemeindemitglieder schützen sie gegen das Vordringen der Minenunternehmen.

von fünf getöteten Bauern, Dutzenden von Verletzten und Hunderten von Menschen, die angezeigt und angeklagt wurden, weil sie ihren Lebensraum verteidigt haben.

Angesichts dieser Situation wollen die Organisationen in Cajamarca, die sich gegen eine Ausweitung des Goldabbaus wehren, den Widerstand auf friedliche Weise weiterführen und damit die Forderung unterstreichen, dass die betroffene Bevölkerung ein Recht hat, zu solchen Projekten konsultiert zu werden und dass ihre Zustimmung erforderlich ist. Diese Organisationen – die Koordination der «guardianes de las lagunas» (SchützerInnen der Bergseen und Moore), die Bauernkomitees, dreissig bäuerliche Gemeinden, zehn Umweltorganisationen – sind dazu auf unsere Unterstützung angewiesen. Der gewaltfreie Widerstand muss organisiert werden. Es braucht laufend Aufklärungsarbeit über den Weiterverlauf des Minenprojekts. Und es braucht Informations- und Sensibilisierungskampagnen gegen die Informationspolitik des Unternehmens und der Regierung. Diese zielt darauf ab, den Widerstand zu schwächen, auseinanderzudividieren und die Organisationen zu sprengen. Besonders angegriffen werden die Legitimität und Integrität ihrer Führungspersonen.

«Operation Teufel» – ein aufrüttelnder Dokumentarfilm

Pater Marco, ein einfacher Priester aus Cajamarca, wird verfolgt. Eine private Detektivfirma filmt und fotografiert jeden seiner Schritte; ihre akribischen Berichte tragen den Codenamen «Operation Teufel». Pater Marco hat Bauerngemeinden gegen die Misshandlungen durch das Minenunternehmen Yanacocha verteidigt. Dieser Einsatz brachte ihm den Spitznamen «Der Teufel» ein.

Marcos Verbündete werden ermordet und gefoltert. Doch er und eine Gruppe junger UmweltaktivistInnen lehnen es ab, Opfer zu sein. Sie richten ihre Kameras auf die Spione und entwickeln einen Gegenspionage-Plan. Der führt sie zu Südamerikas grösster Goldmine Yanacocha, deren Mehrheitseigentümer die US-amerikanische Newmont Mining Corporation aus Colorado ist.

Informationen und Trailer zum aufrüttelnden Film von 2010 unter:
www.guarango.org/diablo

Goldwäscherei Schweiz

Über die Hälfte des Golds aus Peru, 57 Prozent, wird in die Schweiz gehandelt: 2011 waren es fast 190 Tonnen Rohgold, davon 55 Tonnen aus der Mine Yanacocha. Dabei ist Peru keine Ausnahme: Rund ein Drittel des weltweit geförderten Golds landet in der Schweiz. Hier sind vier der neun wichtigsten Raffinerien angesiedelt. Für Goldhändler bringt der Weg über die Schweiz zudem den Vorteil, dass nicht ersichtlich ist, woher das Gold stammt und auf welche Weise es gefördert wurde. Denn die schweizerische Aussenhandelsstatistik führt die Ein- und Ausfuhr von Edelmetallen nicht detailliert auf – dies seit den Skandalen rund um die Einfuhr von Gold aus Apartheid-Südafrika. Dies macht die Schweiz zu einer Goldwäsche-Anlage. Nur mit grossem Aufwand könnte die Herkunft des Golds noch eruiert werden.

Wie wichtig das wäre, wurde jüngst durch die Ausführungen eines Vertreters des afrokolumbianischen Gemeinschaftsrats COCOMOPOCA (Consejo Comunitario de la Organización Popular Campesina del Alto Atrato) klar. Nach jahrelangem Kampf erhielten die afrokolumbianischen Gemeinden in der Pazifikregion Chocó 2011 endlich Landtitel über ihren Lebensraum. Doch bereits wird dieser vom Goldabbau bedroht. 55'000 von 73'000 Hektaren des Gemeindelandes wurden in Konzessionen an multinationale Unternehmen vergeben. Aktuell in der Explorationsphase, sind auf dem Land jedoch bereits zahlreiche Goldabbauer illegal am Werk, die mit Schwimm- oder mit Schaufelbaggern den Flussgrund und die Uferzone komplett umgraben. Nicht nur wird damit das Flussgebiet zerstört: Zum Herauslösen des Goldes werden grosse Mengen der hochgiftigen Schwermetalle Quecksilber und Zyanid verwendet und fliessen meist ungefiltert in den Fluss – und damit ins Trinkwasser der Bevölkerung. Es muss davon ausgegangen werden, dass das oft mit paramilitärischer Absicherung geförderte Gold in die Schweiz gelangt und hier raffiniert – und gewaschen – wird.

**Wir danken Ihnen
herzlich für Ihre
Solidarität!**

IWF-Kredit: Tunesien wirtschaftlich rekolonisieren?



Ein Mikrokredit half, dass diese Frau ein kleines Restaurant eröffnen konnte. – Der IWF-Makrokredit für Tunesien dagegen droht die Armut in der Bevölkerung zu vertiefen. Foto: US

Am 10. April erfuhr die Finanzkommission der verfassungsgebenden Versammlung in Tunesien über die Presse vom Besuch einer IWF-Delegation. Ohne dass die Kommission informiert und in die Beratungen miteinbezogen worden wäre, wie rechtlich vorgeschrieben, hatten das Finanzministerium und die Zentralbank Verhandlungen mit dem IWF über einen Notstandskredit von 10 Milliarden Dinar (5,7 Milliarden Franken) aufgenommen und am 20. April einen entsprechenden Vertrag unterzeichnet. Als Gegenleistung muss Tunesien die Subventionierung von Milch und Brot einstellen, die Sozialausgaben kürzen und die Privatisierungen intensivieren.

Dieses neue Strukturanpassungsprogramm, widerrechtlich von der tunesischen Regierung abgesegnet, trifft die ärmste Bevölkerung in Tunesien und wird die Arbeitslosigkeit nicht verringern. Es verschärft die sozialen Konflikte und bedroht die Sicherheit des Landes. «Der IWF gießt Öl ins Feuer», schreibt RAID. Das Netzwerk für eine andere Wirtschaftspolitik wird deshalb das Abkommen mit Mobilisierungen in verschiedenen Städten bekämpfen. Zusätzlich führt RAID Workshops zur Politik des IWF für Erwerbslose aus den wirtschaftlich am meisten betroffenen Gebieten durch.

Der SOLIFONDS unterstützt diese Kampagne. Tunesien und die anderen arabischen Länder müssen eine Wirtschaftspolitik umsetzen können, die ihrer Bevölkerung zu Gute kommt, und dürfen nicht erneut kolonisiert werden.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

«Internationale Solidarität hat in vielen Kampagnen, die wir erfolgreich geführt haben, eine bedeutende Rolle gespielt. Oft erhältst du keine Unterstützung in deinem eigenen Land. Dann brauchst du jene aller andern. Darauf haben wir uns in all den Jahren verlassen können.

So auch, als wir die Kampagne zur Anerkennung der Hausarbeiterinnen durchführten. Die solidarische Unterstützung von überall auf der Welt hat uns geholfen, das Feuer am Leben zu erhalten und trotz Rückschlägen weiterzumachen. **Manchmal waren wir entmutigt und wollten aufgeben. Dann hat uns eine Nachricht von unseren Freundinnen und Freunden erreicht, die uns Mut machten, und so haben wir weiter gemacht.**

Wir von SADSAWU haben immer eng und solidarisch mit unseren FreundInnen zusammengearbeitet und wir haben in allen Kampagnen, die wir unternommen haben, ihre Solidarität erhalten. Gerade auf den SOLIFONDS konnten wir immer zählen.

Es war auch nur so, durch die solidarische Unterstützung, möglich, dass wir unseren Kampf für Freiheit und Frieden in unserm Land gewinnen konnten.»

Aus einem Brief der Gewerkschaft von Hausarbeiterinnen in Südafrika, SADSAWU

Paraguay: Wahlen als Vollendung des Putschs*

Mit dem Unternehmer Horacio Cartes kehrt die Colorado-Partei an die Macht zurück und Paraguay wird wirtschaftlich und politisch auf internationaler Ebene wieder aufgenommen. Dies passiert nur neun Monate nach dem schlimmen Mord in Curuguaty, das, kühl geplant, zum «institutionellen» Putsch gegen Lugo geführt hatte. Auf diese Weise werden nun nicht nur diese tragischen Ereignisse legitimiert, wir haben es auch mit einem äusserst gefährlichen Präzedenzfall zu tun, der alle Veränderungsprozesse in Lateinamerika betrifft.

Was wir in Paraguay erleben, ist die Perfektionierung des neuen konstitutionellen (statt militärischen) Putschmodells. Ausgangspunkt war der Putsch, basierend auf Bestimmungen der Verfassung. Dann waren neun Monate internationale Isolierung auszuhalten. Gleichzeitig gelang es, die linken Kräfte und die progressiven Bewegungen zu spalten und von der Bildfläche zu verdrängen. Und dann fanden Wahlen statt, die die traditionellen (rechten) Parteien an die Macht zurückbrachten und man kehrt in die internationale Gemeinschaft zurück. Der perfekte Putsch!

Es ist sicher kein Zufall, dass vor wenigen Monaten der Kongress in Honduras ebenfalls mit einer Verfassungsänderung die Möglichkeit des «politischen Prozesses» verankert hat. Auf diese Weise können jetzt alle öffentlichen Angestellten bis hin zum Präsidenten abberufen werden.

Umso schlimmer ist angesichts dieser Tatsache, dass verschiedene lateinamerikanische Präsidenten Horacio Cartes zu seinem Wahlsieg gratuliert und damit den Weg für die Reintegration Paraguays in den Mercosur und in Unasur geebnet haben, ohne die Hintergründe dieser Wahlen auch nur mit einem Wort zu erwähnen.

* aus einem Kommentar von Giorgio Trucchi, REL-Uita, 23.4.2013 auf adital.org.br

Impressum:

Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt»
Redaktion:
Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann
Druck: printoset, Zürich